



München, 16.05.2012

## **Kein Arbeitsplatzabbau in der Landwirtschaft!**

Bauernpräsident Heidl kritisiert SPD-Pläne zur EU-Finanzplanung 2014 bis 2020

München (bbv) – Heute hat die SPD auf Bundesebene ein Papier zur Europapolitik vorgestellt, in dem sie Kürzungen bei der EU-Agrarpolitik zugunsten anderer Bereiche wie Forschung und Industrie fordert. „Mit diesem Ziel würde sich die SPD de facto für einen Abbau von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft aussprechen“, erklärt Walter Heidl, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes. Für ihn sind diese Forderungen nicht nachvollziehbar, da gleichzeitig die umfangreichen Leistungen der Landwirtschaft in Frage gestellt werden. Neben Nahrungsmitteln produzieren Bauern inzwischen oft auch Energie und sind über die Nutzung hinaus auch für den Erhalt der einzigartigen Kulturlandschaft zuständig. „Aktuell sichert die europäische Landwirtschaft einschließlich der vor- und nachgelagerten Bereiche rund 42 Millionen Arbeitsplätze“, erläutert Heidl.

Vor zwei Jahren hat die EU-Kommission eine Studie zu den Agrargeldern veröffentlicht. Demnach würden schon bei einer Kürzung der Agrargelder um ein Fünftel über 30 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Europa bis 2020 aufgeben müssten. In Osteuropa würden sogar vier von zehn Bauernhöfen verschwinden. Die Studie wurde im Auftrag der Europäischen Kommission gemeinsam vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Müncheberg, dem Landbauökonomischen Institut (LEI) in Wageningen und dem Europäischen Zentrum für Umweltforschung (ECNC) in Tilburg erstellt. „Wenn sie zu den bäuerlichen Arbeitsplätzen und zum ländlichen Raum steht, muss die SPD eine starke EU-Agrarpolitik unterstützen,“ fordert BBV-Präsident Heidl.